

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

24.12.1931 (No. 300)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Weg Nr. 963
und 964
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung und Kontroversen fällt der Inhalt der Zeitung verpfändet, in beschränktem Umfang oder nicht erachtet. — Für telegraphische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Anlagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralratsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Abchluss des Baseler Gutachtens

Ohne gemeinsames Handeln keine Besserung
W.D. Basel, 24. Dez. (Tel.) Der Bericht des Beratenden Sonderausschusses der V.Z., der aus vier Kapiteln und verschiedenen Anlagen besteht, die die Ergebnisse der Arbeiten der Unterausschüsse für die Auslandsverschuldung und die Auslandsgutachten Deutschlands, für den Reichshaushalt und die Reichsbahn enthalten, wurde Mittwoch abend gegen 10 Uhr in einer nichtöffentlichen Vollversammlung von sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet. Gegen den Bericht wurden von keinem Mitglied Einwendungen erhoben. Die Mitglieder des Ausschusses haben Basel größtenteils sofort nach Beendigung dieser Sitzung wieder verlassen.

Bevor die Mitglieder ihre Unterschrift unter das umfangreiche Dokument setzten, wurde der Bericht, der bis jetzt nur in englischer Sprache vorliegt, von dem Chefdolmetscher des Ausschusses, Oberregierungsrat Dr. Michaelis, Berlin, Abschnitt für Abschnitt vorgelesen. Der Bericht trägt nunmehr die Unterschriften folgender Persönlichkeiten: Beneduce (Italien), Melchior (Deutschland), Layton (Großbritannien), Riff (Frankreich), Franqui (Belgien), Goltj (Holland), Nordbeck (Schweden), Bindschedler (Schweiz), Djuritsch (Jugoslawien), Kogata (Japan).

Von besonderer Wichtigkeit ist Kapitel 4. Der Ausschuss stellt darin zunächst einmal fest, daß Deutschland den aufschreibbaren Teil der Annuitäten nach Ablauf des Hoover-Jahres nicht zu transferieren vermag. Er weist indessen auf die beispiellose Schwere der Krise hin, deren Ausmaß ungewiss ist, die „verhältnismäßig kurze Depression“ übersteigt, die der Neue Plan ins Auge faßt.

Das deutsche Problem, das in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, erfordert ein gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann. Das Problem hat weitestgehende Bedeutung, und es muß in viel weiterem Maßstabe als dem durch Deutschlands Lage allein gebotenen behandelt werden. Der Billig-Ausschuss hat bereits eine außerordentlich ernste Warnung ausgesprochen. Die Ereignisse marieren nicht. Die Krise hat gewaltige Dimensionen angenommen. Wenn nichts geschieht, werden die eingetretenen Schwierigkeiten Vorboten weiterer Katastrophen sein. Durch die Rückwirkungen des Wirtschaftslebens auf die politische Lage und umgekehrt wird die allgemeine Lage noch mehr verwirrt.

Der einzige Schritt von Dauer, der das Vertrauen wiederherstellen kann, ist die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und andere Kriegsschulden) an die gegenwärtige zerrüttete Lage der Welt. Endlich sind Schritte notwendig, um den energetischen Maßnahmen, mit denen die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung verteidigt, dauernde Wirkung zu sichern.

Der Ausschuss richtet an die Regierungen den Appell, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen und damit neue Hoffnung auf eine Besserung der schweren Krise zu erwecken, die gleichmächtig auf allen lastet.

Eine Schätzung der deutschen Zahlungsbilanz für das Jahr 1931 zeigt den hohen Anteil, der von dem Ausfuhrüberschuss für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Auslandschulden und der Reparationszahlungen vor dem Hoover-Plan verwendet werden mußte. Deutschland habe eine überlegte Preis- und Lohnentzugspolitik verfolgt, um seine wirtschaftliche Lage gegenüber dem Ausland soweit wie möglich zu schützen. Die Lage der Landwirtschaft sei durch diese Entwicklung ebenfalls betroffen. Die Steuerlast sei durch die Erhöhung des Ausschusses so hoch gestiegen, daß für eine weitere Erhöhung kein Raum mehr sei. Die Wirtschaftskrisis zeige sich auch in den Einnahmerückgängen der Reichsbahn. Das die künftige Lage der Reichsbahn angehe, so sei der hierfür eingesetzte Unterausschuss zu der Schlussfolgerung gekommen, daß die Reichsbahn im Grunde ein gesundes Unternehmen und bei Beobachtung kaufmännischer Grundsätze künftig einen Betriebsüberschuss zu erarbeiten in der Lage sei, und zwar einen Überschuss, wie ihn die übrigen großen Auslandsbahnen erzielen, vorausgesetzt, daß Deutschland und die Welt das Gleichgewicht wiedergewonnen haben und normale wirtschaftliche Verhältnisse eintreten.

Die größten Schwierigkeiten bei der Abfassung des Berichts hat bekanntlich das zweite Kapitel verursacht, das die Umstände und Verhältnisse, die zu der gegenwärtigen Lage geführt hatten, schildert. Am Schluss dieses Kapitels wird eine allgemeine Betrachtung angestellt. So außergewöhnlich jezt auch die Krise sei, so sei doch noch jeder Krise ein Aufschwung gefolgt. Die starke wirtschaftliche Anströmung Deutschlands könne jezt zwar nicht voll ausgenutzt werden, aber wenn man auch den Punkt der wirtschaftlichen Stabilität nicht voraussetzen könne, so sei es doch nicht weniger sicher, daß diese Stabilität erst mit Hilfe der in Kapitel 4 gemachten Vorschläge erreicht werden könne.

Die Postgebühren werden gesenkt

Das Reichskabinett stimmte der Senkung der Postgebühren mit Wirkung vom 1. Januar 1932 zu. Die Senkung soll sich, um bei der Höhe des zur Verfügung stehenden Betrages von 120 Millionen Reichsmark wirksam zu sein, auf zwei wichtige Verkehrswege, den Paket- und den Fernsprekverkehr, erstrecken.

Die Lohnverhandlungen für den Mansfelder Bezirk sind gescheitert. Die Gewerkschaften hatten darauf hingewiesen, daß die Löhne seit 1930 insgesamt schon um 25 Prozent gesenkt worden seien. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Schlichter.

Letzte Nachrichten

Amerika erwartet die Einberufung einer allgemeinen Reparationskonferenz

W.D. London, 24. Dez. (Tel.) Die Reuter aus Washington meldet, lehnen die amtlichen Stellen jede Äußerung zum Baseler Sachverständigenbericht ab. Man könne aber sagen, daß die Feststellungen des Ausschusses keine besondere Überraschung hervorgerufen haben. Im allgemeinen betrete man den Standpunkt, daß den nächsten Schritt Europa tun müsse, wobei es sich voraussichtlich um die Einberufung einer allgemeinen Reparationskonferenz handeln werde. Man zweifelte jedoch daran, ob Amerika daran teilnehmen werde.

Hoovers Zufriedenheit mit der Billigung seines Moratoriums

W.D. Washington, 24. Dez. (Tel.) Anlässlich der Unterzeichnung des Moratoriums erklärte Hoover: Der Vorschlag eines Zahlungsaufschubs hat eine Statistrophe verbietet, die auch Amerika erfasst und dem amerikanischen Volke das Vielfache des jezt in Frage kommenden Betrages gekostet hätte. Kein Teil der Amerika zuzurechnenden Schuld ist gestrichen oder herabgesetzt worden, und der aufgeschobene Betrag ist in etwa 10 Jahren mit vier Prozent nachzuzahlen. Zudem das amerikanische Volk durch den einjährigen Aufschub Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahrte, ist es etwas, was größer ist als die Dollars und Cents, die wir durch Erhaltung unserer Absatzgebiete für Farmprodukte, durch Verhütung einer Panik und Vermeidung unbestimmbarer Verluste gewinnen. Das amerikanische Volk hat dazu beigetragen, in der deutschen Nation den Mut und die Hoffnung zu erhalten und den anderen europäischen Völkern die Möglichkeit für Arbeit an ihren Problemen zu geben.

Annahme französischer Sanierungsgeleise

W.D. Paris, 24. Dez. (Tel.) Die Kammer hat in einer Nachsitzung den Gesetzentwurf über die Abdeckung des Betriebes der französischen Eisenbahngesellschaften, durch den diese ermächtigt werden, für drei Milliarden Francs neue Schuldverschreibungen aufzunehmen, mit 376 gegen 198 Stimmen angenommen. Alsdann nahm die Kammer den Gesetzentwurf zur Sanierung der französischen Schiffahrtsgesellschaft Compagnie Générale Transatlantique mit 333 gegen 221 Stimmen an. Der Senat seinerseits hat ebenfalls eine Nachsitzung abgehalten und den Gesetzentwurf über die Abdeckung der Pfund-Sterling-Verluste der Bank von Frankreich mit 188 gegen 67 Stimmen angenommen.

Wiederaufleben der mandchurischen Kämpfe?

W.D. Paris, 24. Dez. (Tel.) Wie der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ meldet, ist es längs der Eisenbahnlinie bei Hinkau zu Kämpfen gekommen. Es scheint, als ob die Japaner eine Umfassung der chinesischen Armee von drei Seiten planten, um sie nach Westen abzurängen. Der japanische Befehlshaber erklärte jedoch, daß er nicht Rücksicht auf besetzen, aber die dortige Gegend von Banditen säubern wolle; er wisse allerdings nicht, wie weit diese Aktionen führen werde. Die neue Manjing-Regierung soll ihre Kruppen angewiesen haben, Widerstand zu leisten.

Die Weihnachts-Notverordnung

Die neue Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dez. 1931 enthält in erster Linie steuerrechtliche Vorschriften und bestimmt, daß der hundertprozentige Zuschlag zur Einkommensteuer von mehr als 8000 M. der Vermögenszuwachs und der hundertprozentige Einkommenszuschlag der Aufsichtsratsmitglieder auch für 1932 erhoben wird. Weiter werden Maßnahmen auf dem Gebiete der Einheitsbewertung und Vermögenssteuer getroffen und zur Hauszinssteuer erklärt, daß die Länder, die ab 1. April 1932 um 20 Prozent gesenkte Hauszinssteuer auch individuell gestalten können. Schließlich werden noch Vorschriften zur Bekämpfung des Schmuggels erlassen, die Verlängerung einiger Gesetz verfür und die Kleinschiffer zum Zusammenschluß öffentlich-rechtlicher Verbände ermächtigt.

Der vierte Teil der neuen Notverordnung beschäftigt sich mit der Unterbringung der ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht sowie der Schutzpolizei und der Schwerbeschädigten. Entlassungen anderer Erwerbsfähiger werden hierdurch nicht hervorgerufen. Die vierteljährliche Vorauszahlung der Renten für die Besatzungspersonenbeschädigten wird zugunsten einer nur noch monatlichen Befristung.

Um die Gefahr der Abwanderung bedeutendsten deutschen Kulturbesitzes ins Ausland vorzubeugen, ist die Geltungsdauer der Verordnung vom 11. Dezember 1919 über die Ausfuhr von Kunstwerken um ein Jahr verlängert worden.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, in Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Rechtsanwaltsordnung besondere Vorschriften für den Fall der Aufhebung oder Zusammenlegung von Gerichten zu erlassen. Weiter ist die Geltungsdauer der auf dem 31. Dezember 1931 befristeten Lohnpfändungsverordnung um ein halbes Jahr verlängert worden.

* Weihnachten 1931

Von den drei großen Leitsternen, die dem Christen leuchten, ist heute der Stern, der sich Hoffnung nennt, wohl am wenigsten verbläht. Die beiden anderen aber, Glaube und Liebe, verschwinden in dieser kampferfüllten Übergangszeit bisweilen hinter dunklem Gewölke ganz und gar. Und wenn es für die abendländischen Völker nicht das Christentum und seine beiden großen Kirchen gäbe, dann würde der Glaube sich heute in einer Flut von Sektentum aufgelöst haben. Und wenn es nicht die christlichen Feste gäbe — und unter ihnen vor allem das Weihnachtsfest — dann würde das Gefühl der Menschliebe seinen besten und stärksten Kristallisationspunkt verloren haben.

Gewiß gibt es auch noch den nationalen Glauben, den Glauben an die Zukunft und Größe des eigenen Volkes, und ebenso gibt es gottlos noch jene vom Geist des Christentums befruchtete Menschenliebe, die sich in unzähligen Einzelhandlungen des Tages offenbart. Aber der nationale Glaube ist doch, richtig gesehen, eigentlich eine Empfindung, die viel mehr zum Reiche der Hoffnung gehört, und die Liebe im einzelnen vermag an der allgemeingünstigen Tatsache, daß die Völker, die Klassen und die Parteien sich heute kampfvoll gegenüberstehen denn je nichts zu ändern. Und doch wird hier die Änderung kommen müssen, wenn man sich überhaupt von der Zukunft des Menschengeschlechtes noch etwas Ersprießliches versprechen will.

Die eine Überzeugung müssen wir bei alledem ein für allemal verabschieden, die Hegelsche Überzeugung, daß der Staat mit seiner allmächtigen Durchdringung des gesamten Lebens dazu berufen sei, auch die Geister zu modeln. Diese Überzeugung hat sich im wesentlichen als irrig erwiesen. Nur aus dem Volke selbst, und zwar aus den vom Gift der Großstadt am wenigsten berührten Teilen, kann die Wiedergeburt im Geiste der Liebe erfolgen.

Kein besseres Beispiel für das eben Gesagte ist die Sozialpolitik. „Die Liebe verblutet. Die Liebe steht mit ausgereckten Armen da, wie Christus am Kreuz; aber sie wird langsam, langsam auseinandergerissen. Oder glauben Sie, daß politische Theorien Liebe sind? Arbeitslosenversicherung, Krankenkassen, Invalidenrenten, halten Sie das für Liebe? Erja ist es. Da haben Sie's. Es kann die Welt ohne Liebe nicht leben; aber, da der Mensch immer fürchterlicher auseinanderfällt und seine Liebe im Prokrustesbett zerrissen wird, hat er sich ein Surrogat geschaffen. Ein schlaues erdachtes System von Erja-Liebe, und es scheint, als habe es die Menschheit wirklich nie so gut gehabt wie heute. Sprechen Sie mit den Leuten hier, sie werden Ihnen beweisen, daß bald alles Leid fortorganisiert sein wird.“

Diese Sätze stehen in dem sehr zum Nachdenken anregenden, großen Zeitroman von Frank Thieß „Der Zentaur“.

Sind sie nicht bei aller Zuspitzung in der Form im Kern richtig? Ist es nicht so, daß in den letzten Jahrzehnten an die Stelle des ursprünglichen Gefühls, der unmittelbaren und sich selbst verantwortlichen Arbeitsbetätigung des Menschen die Organisation, der Betrieb, die Körperschaft, das Reglement getreten ist? Wo hat es jemals eine Zeit gegeben, in der so viel von Sozialpolitik und sozialem Gefühl gesprochen wurde, und in der so wenig echtes soziales Gefühl und so wenig aufopferungsvolle Liebe zu finden war wie jezt? Im allgemeinen denkt heute doch jeder nur an sich, und jede Schicht und jede Klasse denkt nur an die eigenen Interessen, wenn sie in die Arena der Politik tritt. Die Selbstsucht hat in einem grauenhaften Maße zugenommen, und zwar nicht nur die Selbstsucht des einzelnen, sondern auch die Selbstsucht der Verufe, der Stände, des Staates.

Und wohin hat jene Organisation der Erja-Liebe geführt? Daß heute Tausende und Tausende angefaßt der Not den Geldbeutel zumachen und darauf hinweisen, daß wir ja bereits den perfekten Wohlfahrtsstaat haben, und daß ja jeder schon von Staats wegen mit den Mitteln der Öffentlichkeit auf gefeiertem Wege dasjenige bekommt, was ihn vor wirklicher Not schützt, mag er nun auf Grund seiner Arbeitswilligkeit und auf Grund seiner inneren Qualitäten moralisch dazu berechtigt sein oder nicht. Natürlich ist beides falsch: die Ersekung einer blutvollen, von Herzen kommenden sozialen Fürsorge durch staatliche Überorganisation und die Auffassung, daß

man der einzelne im Hinblick auf diese glänzende Organisation privatim nichts mehr zu tun braucht. Beides sind Auswüchse, und beide werden zum Vorteil einer wirklichen sozialen Fürsorge auch wieder verschwinden. Der große Reformprozess ist bereits eingeleitet. Das ist der tiefere Sinn der Politik Brüning's, und das zeigt sich auch sonst an mancherlei Beobachtungen.

Ein großer Teil der Volksgenossen ist im Lauf des letzten Jahres doch zu einer besseren Erkenntnis erwacht, zu einem sozialeren, das Ganze berücksichtigenden Empfinden. Und es wird für immer der Ruhmestitel der deutschen Beamten bleiben, daß sie als erste diese Erkenntnis errangen und nach ihr handelten. Den Beamten ist seit einem Jahr eine Gehaltsreduzierung nach der andern zugemutet worden. Sie haben sie hingenommen, weil sie sich sagten, daß das Ganze notleiden muß, wenn nicht die Teile Opfer bringen, weil sie sahen, daß der Landwirt noch viel schlimmer dran war als sie selbst, und weil sie sich des Glends der Arbeitslosen wahrhaft im Innern ihrer Seele bewußt wurden. So sind die Gehaltsbezüge der Beamten nach und nach heruntergegangen auf einen Stand, der je nachdem nur noch um 10 bis 20 Prozent über dem Friedenseinkommen liegt.

Die Beamten haben sich aber auch dadurch keineswegs in ihrem Gefühl sozialmoralischer Verantwortlichkeit wankend machen lassen. Weil sie ja immerhin wenigstens im Besitz fester Stellungen und garantierter Alterspensionen sind, haben sie, als der Ruf der Not erscholl, ein Außerstes getan und von ihren farg gewordenen Bezügen ansehnliche Summen gestiftet. Natürlich nicht nur sie allein. Auch die Angehörigen der anderen Stände haben in vorbildlicher Weise geopfert, wo die Winternotgemeinschaft an die Tür pochte. Aber wer die Listen z. B. derjenigen, die für die Karlsruher Notgemeinschaft höhere Beträge gespendet haben, aufmerksam durchgelesen hat, der wird gefunden haben, daß eine auffallend große Zahl von Beamten sich an diesem Werk der Wohltätigkeit beteiligt hat, und zwar nicht nur mit Beträgen von 5 RM, sondern oft mit Beträgen, die noch über die 20 und 30 Reichsmark hinausgingen.

Hier in dieser Notgemeinschaft hat sich der Geist christlicher Liebe im Zeichen des Weihnachtsfestes in einer, so beglückenden Form manifestiert, daß man wahrlich berechtigt ist, ausblickend zu dem leuchtendsten Zeitalter unserer Tage, dem der Hoffnung, eine Wiederherstellung des sozialen Gefühls, einer im Herzen verankerten sozialen Fürsorge zu prophezeien. Und so wollen wir auch dieses Weihnachtsfest des Jahres 1931 feiern in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, im rechten Glauben an den Sieg des Guten in uns und in der Welt und im Geiste jener Liebe, die nicht zögert, sich für die Menschheit ans Kreuz schlagen zu lassen.

C. Amend.

Starker Rückgang des Fremdenverkehrs

Im dritten Vierteljahr 1931 zeigt der Fremdenverkehr in Deutschland nach den in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Ergebnissen der monatlichen Reichsfremdenverkehrsstatistik gegenüber der gleichen Vorjahreszeit einen Rückgang um rund ein Viertel (24,7 v. H.). Die Beteiligung der Ausländer am Fremdenverkehr ist in noch stärkerem Maße — fast um 30 Prozent — gesunken, darunter die Zahl der Reisenden aus den Vereinigten Staaten um 41,4 v. H. Diese Feststellungen des Statistischen Reichsamts beziehen sich auf 12 der wichtigsten Fremdenverkehrsorte Deutschlands. Mit Rücksicht auf die besondere wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs sollen die Erhebungen künftig in wesentlich erweitertem Umfang durchgeführt werden.

„Angriff“ Verbot unrechtmäßig. Wie der Berliner „Angriff“ berichtet, habe das Reichsgericht das Verbot des „Angriff“ durch den Reichsinnenminister für unrechtmäßig erklärt.

Karlsruher Konzerte

Es mochte viel an dem ungünstig gewählten Zeitpunkt — ganz knapp vor Beginn der Weihnachtsferien — gelegen haben, daß dem letzten Konzert des akademischen Orchesters die studentische Jugend ihre Gefolgschaft so ziemlich verweigerte. Das war leider hinsichtlich des Programms, das

„Tanz und Lied im Wechsel der Jahrhunderte“ betrug, recht bedauerlich, sollte aber kaum dazu führen, diese bis jetzt immer vorbildlichen und sonst auch gut besuchten Veranstaltungen einzufrieren. Gerade die diesmalige Programmfolge behandelte zudem aufs glücklichsche den reichen Erfahrungsschatz, über den der händige Leiter, Heinrich Cassirer bei der jeweiligen Wahl der Werke verfügt. Sein großes Wissen hat es ja schon wiederholt ermöglicht, aus der Fundgrube der Literatur Unbekanntes und Wertvolles ans Tageslicht zu ziehen. Besonders aus der vorbachischen Periode hat er manches Schöne der musikalischen Allgemeinheit zurückgewonnen, auch jetzt tauchten aus dem Dunkel der Vergangenheit wiederum einige Namen auf, deren Bedeutung sich niemand mehr bewußt war und die doch uns in liebevollster Weise nahebrachten, keine Institution so geeignet ist, wie ein solch praktisches Collegium musicum. Natürlich verband man mit den neu ausgegrabenen Orchester-Dokumenten eines Raul Beurl, eines Valentin Hausmann oder mit den Sopranliedern von Othmar, S. Albert und A. Hammer Schmidt auch den Zweck, eine sichere frühhistorische Grundlage für das zu geben, was nachher dann an Schöpfungen von Bach bis J. S. Bach noch reichlicher herbeizutreiben werden sollte. Es gelangten nicht nur die Instrumentalfächer zu einer vorzüglich präzisen und stilistisch konzipierten Wiederabgabe, auch fast allen gesanglichen Aufgaben wurde Jutta Dutler, eine angehende Sopranistin, sinngemäß gerecht.

Etwas ganz besonders feines beehrte die Singschule des Bad. Konservatoriums wieder ihrem großen Freundestreich und auch all denen, die am Radio sich mitfreuen wollten. Weihnachten ist ja ein Fest, das ohne Musik und namentlich ohne Gesang sich überhaupt nicht denken läßt. Und wie groß ist seit den ältesten Weihnachtsspielen, in die schon gregorianische und protestantische Choralmelodien eingeflochten wurden, inzwischen die

Dr. Gadelberger über die neue Notverordnung

Die Krise der deutschen und der Weltwirtschaft. In der Vollversammlung der Handelskammer Schopfheim sprach deren stellvertretender Präsident, Dr. Gadelberger (Schlingen), der bekanntlich Mitglied des Wirtschaftsrates der Reichsregierung war, über die den heutigen Zustand der Wirtschaft bedingenden Zusammenhänge und über die in der neuesten Notverordnung verfolgten Ziele.

Wir befinden uns in einem weltwirtschaftlichen Kriegszustand. Alle Nationen kämpfen um ihre wirtschaftliche Existenz. Inflation, Protektion und Deflation sind die Waffen, die in dem großen Ringen aller mit allen angewandt werden. 28 Nationen haben ihre Standardwährung aufgegeben. Der Freihandelsgedanke, der noch vor kurzer Zeit die Weltwirtschaftskongress beherrschte, ist überall dem Schutzgoll und ähnlichen Abwehrmaßnahmen gewichen. In der Not des Augenblickes folgt die Welt in ihren Rettungsversuchen der Linie des geringsten Widerstandes und begibt sich damit auf einen Weg, der immer weiter von der Möglichkeit wirklicher Befundung weg dem allgemeinen Chaos entgegenführt. Nicht nur das Außenhandels-, sondern das gesamte Produktionsvolumen ist bereits in allen Industrieländern stark eingeschrumpft. Der verhängnisvolle Kreislauf von Ursachen und Wirkungen, der sich in beherrendem Anwachsen der Erwerbslosensiffern, Vernichtung der Kaufkraft, beispiellosem Konsumkrisis und Einengung der Weltwirtschaft fund tut, ist in ein rasendes Tempo geraten und hat alle Länder mitgerissen.

So ist das Problem der Rettung Deutschlands, dessen auswärtige Verpflichtungen und innere Not die Erzielung von Ausfuhrüberschüssen großen Ausmaßes gebieterisch verlangen, besonders schwierig geworden. Der Verlust der Anwendung der Inflation als wirtschaftspolitische Mittel wäre in Deutschland nicht nur untauglich, sondern verheerend. Die Befolgung des protektionistischen Prinzips ließe in die Fehler der anderen verfallen und könnte uns selbst dann nichts nützen, wenn wir von allen Auslands- und Reparationsverpflichtungen befreit werden.

Deutschland hat keine andere Wahl als den Weg der Deflation weiterzugehen und sich auf die gegebene Zwangslage einzurichten, um seine Produktion trotz der fast unerträglichen Verkürzung der Kapitalbede aufrechtzuerhalten, seine Produktionskosten bis zur Konsumiermöglichkeit mit dem preisgleicheren Ausland zu senken und seinen Etat trotz der Wucht innerer Belastungen in Ordnung zu bringen. Daneben steht als unabwendbares Erfordernis die Aktivierung unserer Zahlungsbilanz für die Sicherung unserer Währung. Es gilt die Voraussetzungen für Vereinbarungen mit unseren Gläubigern zu schaffen, um die Berichtigung unserer auswärtigen Zahlungsverpflichtungen auf eine Gesamtsumme zu erreichen, die durch echte Ausfuhrüberschüsse gedeckt werden kann.

Diesen Zielen dient die Notverordnung vom 8. Dezember. Bei Würdigung der gegenwärtigen Lage bei uns und in der Welt wird man sie trotz ihrer beispiellosen Eingriffe in die private und öffentliche Rechts- und Interessensphäre in ihrer harten Konsequenz als den unaufschiebbaren operativen Eingriff erkennen, der in letzter Stunde zu unserer Rettung eingeleitet wurde. Zu seinem Gelingen beizutragen, ist das Interesse jedes einzelnen.

Preussisch-Sächsische Elektrogemeinschaft

Die Preussische Elektrizitäts-A.G., Berlin, und die Sächsische Werke, Dresden, haben einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag behandelt insbesondere die weitere elektrotechnische Betätigung in Mitteldeutschland. Beide Unternehmen stellen den Teil von Landesunternehmungen dar, die die Versorgung großer Gebiete durch Großkraftwerke und Hochspannungsfertileitungen entwickelt haben. Sie wollen eine enge Gemeinschaftsarbeit mit den kommunalen Körperschaften ihres Versorgungsgebietes herstellen und die Kommunen an ihrem Aktienkapital beteiligen. Darüber hinaus sind die Gesellschaften mit dem Lande Thüringen seit den letzten Jahren erheblich an der Elektrizitätswirtschaft in Thüringen interessiert.

Die Eidesleistung der italienischen Professoren. Von den 1144 Universitätsprofessoren, die zum Ablegen des neuen Eides auf das faschistische Regime und den König aufgefordert wurden, haben elf, darunter vier Professoren der Universität, die Eidesleistung verweigert.

Vorsitzer Dawes wurde von Hoover zum Führer der amerikanischen Delegation für die Abrüstungskonferenz ernannt.

Zahl der eigens dafür geschriebenen Musikstücke geworden, aber nicht bloß für die Kirche oder den Konzertsaal bestimmt, sondern zu gutem Teil auch fürs Haus und die Familie erdacht! Mit Recht betonte daher schon die Einladung zu der Veranstaltung, daß dieses Weihnachts-Singen kein Konzert sei, daß es vielmehr der gemeinsamen Erhebung als eine Stunde reiner Festvorfreude dienen wolle. In der Tat, als dann helle Kinderstimmen anfangen von der Abendseite zu klingen, als sie mit ihren Liedern die Hirten ins Feld beileiteten und an der Krippe Halt machten, da war kaum einer, der noch an eine konzertante Aufführung dachte und sich nicht aus der städt. Festhalle in die Jugendzeit zurückversetzte, wo auch ihm die Weihnachtslegende einmal zu einer Volkshand wahren Friedens geworden war. Neugierde ward überdies die Vortragsfolge, die mit einem gemischten Bach-Choral ausklang, dadurch, daß sie sonst ziemlich vergebliches, meist auch in der Bearbeitung unvollständiges Volksgut aus allen Teilen Deutschlands aufstießerte und in sinnige Beziehung brachte. Neben den Kinderstimmen (aus den verschiedenen Vorbereitungsstellen und dem Fortbildungskurs der Schule) beteiligten sich natürlich auch einige Künstlerkreise und -hände eifrig an dieser begaunerten Weihnachtsfeier, die der Gesamtleitung von Gustav Estorn, dem verdienten Begründer der Anstalt, unterstand.

Die Finanznot des Theaters in Baden-Baden wurde in einer Sitzung des Theaterausschusses erörtert. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, weil man neue Vorschläge der Theaterdirektion abwarten will. Mit einem monatlichen Zuschuß von je 5000 RM. für die Monate Februar und März glaubt die Direktion über die schwierigsten Zeiten hinwegzukommen.

Doktorpromotion eines blinden Schwesingers. Auf Grund einer Dissertation über „Entwicklung und Probleme der Blindenmusik“ hat der seit 1926 in Schweningen ansässige Inhaber einer Blindendruckerei, Alexander Neuh, in der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg zum Doktor promoviert. Seit dem 18. Lebensjahre völlig erblindet, hat Neuh vor drei Jahren in Karlsruhe die sogenannte Begabtenprüfung abgelegt und dadurch die Zulassung zum Universitätsstudium erlangt. Bereits 41 Jahre alt, nahm er das Studium der Musikwissenschaft an der Heidelberger Universi-

Die Ursachen der Stuttgarter Brandkatastrophe

Der Leiter der Stuttgarter Feuerwehr, Branddirektor Müller, gab der Presse Einzelheiten über die Bekämpfung des Brandes im Stuttgarter Schloß bekannt. Er trat dabei der Auffassung entgegen, als ob man bei der Bekämpfung des Feuers in den Innerräumen vor den wertvollen Ständen Halt gemacht habe. Das Feuer habe sich zwischen den horizontalen und vertikalen schichtartigen Zwischenräumen der Fußböden schon lange weitergefrisst und sei, als es plötzlich Luft bekam, laminarartig durchgebrochen. Eine gleichzeitige Bekämpfung des Brandes von außen und innen sei wegen der gegenseitigen Behinderung und anderer nachteiliger Wirkungen unmöglich gewesen. Das ganz überraschend eingetretene Einsturzungsloch sei nur dadurch erklärlich, daß hinter den äußeren Blendsteinen der Mauer eine Anzahl von Bruchsteinen gesteckt habe. Der Frost und das gefrorene Wasser, das bekanntlich große Druckwirkung habe, habe außerdem zum Zusammenbruch beigetragen.

Landesfeuerlöschinspektor Oberbaurat Zimmermann betonte, daß bei der Brandbekämpfung durchaus sachgemäß und mit aller erforderlichen Umsicht verfahren worden sei.

Als die Kunde von dem Brand des Alten Schlosses im Reich bekannt wurde, zeigte sich überall große Teilnahme. Reichszankler Dr. Brüning erkundigte sich in der Nacht zum Dienstag fernmündlich beim württembergischen Staatspräsidenten über den Brand. Der kaiserliche Ministerpräsident selbst sprach telegraphisch die herzliche Teilnahme aus, ebenso ging im Laufe des Dienstags dem bairischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt die Bekundung aufrichtiger Teilnahme ein.

Der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe hat der Stadtverwaltung Stuttgart zu dem schweren, unerfreulichen Verlust, den die Stadt durch den Brand des Alten Schlosses erleidet, und zu dem bitteren Leide, das durch die schrecklichen Unglücksfälle beim Löscharbeit über die Stadt und die Familien drüber Feuerwehrmänner gekommen ist, die aufrichtigste Teilnahme der Stadt Karlsruhe übermittelt.

Der Schiedspruch für die Maßschneiderei — 7 Prozent Lohnabbau. Im Manteltarif- und Lohnstreit der Deutschen Herrenmaßschneiderei wurde in Dortmund ein bindender Schiedspruch gefällt, der die Löhne im Durchschnitt etwa um 7 Prozent herabsetzt. Der Lohnstreit kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. August 1932 gefühigt werden. Für die Damenschneiderei wurde ebenfalls ein bindender Schiedspruch gefällt, der die Löhne in ungefähr demselben Maße senkt, wie bei der Herrenmaßschneiderei.

Eine Ausweisung aus Braunschweig. Der bulgarische Student Christo Stojanoff ist durch Beschluß des Polizeipräsidiums Braunschweig als lästiger Ausländer aus dem Gebiet des Freistaats Braunschweig ausgewiesen worden. Stojanoff hatte dem Vorsitzenden der Braunschweiger Studentenschaft gegenüber beleidigende Äußerungen gebraucht. Wegen der ungenügenden Bestrafung Stojanoffs durch die Hochschulebehörde war Anfang der vorigen Woche der zweitägige Proteststreik der Studentenschaft durchgeführt worden.

Frankreich sperrt die Einfuhr hölzerner Eisenbahnschwellen. Im französischen Senat wurde der amtlichen französischen Holzverwertungsstelle vorgeworfen, unter Benachteiligung des französischen Holzhandels hölzerne Eisenbahnschwellen aus Deutschland, Rußland und anderwärts zum Teil zu übertrieben hohen Preisen, angekauft zu haben. Lokal bezeichnete die Beschwerde als nicht ganz ungerechtfertigt, wollte aber vor einem allzu großen Vorgehen gegenüber gewissen Ländern absehen, weil dies Rückwirkungen auf den französischen Import haben könnte. Die Regierung könne versichern, daß im kommenden Jahre keine einzige ausländische Eisenbahnschwelle gekauft werden würde.

Kleine Chronik

Zu den Meldungen über den Verlauf der Verteigerung des Wittelsbacher Zinwelen in London teilt der Wittelsbacher Ausgleichsfonds mit, daß in der Verteigerung nur eine Unrafte und fünf Smaragde im Gesamtwert von 18.500 engl. Pfund verkauft worden sind. Der blaue Diamant wurde nicht verkauft.

Bei dem Einsturzungsunfall in der vatikanischen Bibliothek sind 15.000 Bände vernichtet worden. Die Leiche eines weiteren Vermissten wurde gefunden.

Der japanische Küstendampfer „Yachama Maru“ ist infolge Zusammenstoßes mit einem anderen Küstendampfer gesunken. 50 Passagiere werden vermisst.

tät auf, mit Psychologie und Literaturgeschichte als Nebenfächern und beendete es in sechs Semestern.

Von der Handelshochschule Mannheim. Zum Wintersemester 1931/32 wurden 91 Studierende neu aufgenommen gegen 118 im Wintersemester 1930/31. Die Zahl der zum Studium ortswahrenden Studierenden beträgt 491 gegen 547 im Wintersemester 1930/31 und 509 im Wintersemester 1929/30. Vom Studium sind für diese Semester 65 Studierende verurlaubt gegenüber 56 im Wintersemester 1930/31. Es liegt dementsprechend ein Rückgang der Studierenden (um ein Drittel) vor, wie er in ähnlichem Umfang auch anderwärts beobachtet wird. Die Not der Zeit macht sich auch insofern bemerkbar, als Studierende in einem größeren Umfang beurlaubt wurden. Die Zahl der Hörer beträgt 635 gegen 774 im Wintersemester 1930/31. Insgesamt sind im Wintersemester 1931/32 1126 Studierende und Hörer eingeschrieben.

Die Preisregelung im Buchhandel. Der Börsenverein der deutschen Buchhändler teilt mit: Am Zusammenhang mit der Preisregelung im Buchhandel sind in den letzten Tagen vielfach irreführende Nachrichten verbreitet worden. Zur Klärung der Sachlage sei folgendes festgestellt: Die Durchführung der Preisregelung nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 liegt für Bücher und andere Gegenstände des Buchhandels lediglich in der Hand des Verlegers. Bis 31. Dezember 1931 gelten noch die bisherigen Ladenpreise, wenn nicht der Verleger vorher die Preise herabsetzt. Der Börsenverein der deutschen Buchhändler hat keineswegs — wie behauptet worden ist — die Herabsetzung der Preise angeordnet. Dazu wäre er rechtlich gar nicht in der Lage gewesen. Der Börsenverein hat lediglich den Verlegern die rechtzeitige Festsetzung und Bekanntgabe der neuen Preise empfohlen, damit er den Schluß der neuen Ladenpreise wirksam durchführen kann. Diese Regelung liegt im Interesse des laufenden Publikums. Es handelt sich bei der Preisregelung für Gegenstände des Buchhandels nur um die vor dem 1. Juli 1931 erschienene Produktion, damit aber um das Hauptteil aller Werke des deutschen Büchermarktes. Für die Produktion der letzten Monate bleibt davon unberührt. Die Preise dieser neuesten Werke liegen ohnedies im Durchschnitt weit niedriger als etwa die Weihnachtsproduktion des Jahres 1930.

Badischer Teil

Maßnahmen auf dem Gebiete der Grundstückszwangsvollstreckung

Die Vorschriften über Maßnahmen auf dem Gebiete der Grundstückszwangsvollstreckung nach dem dritten Teil der vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (RGBl. I S. 699, 710) stellen die Vollstreckungsgerichte vor eine außerordentlich wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe. Es darf erwartet werden, daß es ihnen gelingt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zwischen den widerstreitenden Belangen von Gläubigern und Schuldner einen billigen Ausgleich zu finden.

Im einzelnen wird auf folgendes hingewiesen:
Es ist von einem Amtsgericht die Frage aufgeworfen worden, ob für die nach den neuen Vorschriften der Vollstreckungsgerichte obliegenden Urteilsabhandlungen in Baden nach § 1 des Grundstückszwangsvollstreckungsgesetzes die Amtsgerichte oder nach § 13 des Einführungsgesetzes zum Grundstückszwangsvollstreckungsgesetz in Verbindung mit § 1 des badischen Ausführungsgesetzes zum Zwangsversteigerungsgesetz und zur Zivilprozessordnung die Notare zuständig sind. Da die Vorschriften über Maßnahmen auf dem Gebiete der Grundstückszwangsvollstreckung nach dem dritten Teil der vierten Verordnung keine Zuständigkeitsbestimmungen enthalten und sich materiell als eine Ergänzung des Grundstückszwangsvollstreckungsgesetzes darstellen, so muß angenommen werden, daß § 13 des Zwangsversteigerungsgesetzes und § 1 des badischen Ausführungsgesetzes gelten. Es sind danach für die neuen Vorschriften nach den neuen Vorschriften obliegenden Urteilsabhandlungen die Notare zuständig.

Besondere Beachtung bedürfen die Vorschriften über die Festsetzung des Grundstückswertes nach § 4. Danach hat das Notariat den Grundstückswert besonders festzustellen. Dabei ist auszugehen von dem für den 1. Januar 1931 festgesetzten Einheitswert und, soweit dieser im Einzelfall noch nicht festgesetzt ist, von dem sonstigen für die Steuern maßgebenden Werte. Das Notariat muß also das zuständige Finanzamt darum ersuchen, ihm den für den 1. Januar 1931 festgesetzten Einheitswert und, soweit dieser noch nicht festgesetzt ist, den sonstigen für die Steuern maßgebenden Wert mitzuteilen. Als eine weitere Unterlage für die Wertfestsetzung wird auch die Schätzung dienen können, die in allen Fällen nach § 7 der Zwangsversteigerungsvorschriften zu erheben ist. Weiter sind dann die Bestimmungen in § 4 Abs. 2 Satz 2 und 3 zu beachten. Der auf diese Weise festgesetzte Grundstückswert ist im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten bekanntzugeben. Bis dahin wird eine Änderung des Wertes als zulässig zu betrachten sein. Die Wertfestsetzung ist unanfechtbar. Es kann auch nach § 4 Abs. 4 Satz 2 der Zuschlag oder die Veräußerung des Zuschlags nicht mit der Begründung angefochten werden, daß der Wert unrichtig festgesetzt sei.

Bei der Zwangsvollstreckung in landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Grundstücke sind die hierfür ergangenen besonderen Vorschriften, insbesondere § 18, zu beachten. Untere Verwaltungsbehörden im Sinne des § 18 Nr. 2 sind die Bezirksämter. Eine entsprechende Bekanntmachung wird demnach im Staatsanzeiger veröffentlicht werden.

Die Notariate werden veranlaßt, über wichtige Wahrnehmungen oder außerordentliche Vorfälle von allgemeiner Bedeutung, die sich beim Zwangsversteigerungsverfahren in Grundstücke ergeben, zu berichten.

Die Evang. Kirchliche Vermögensverwaltung gewährt Nachsichtsermäßigung

Der Evang. Oberkirchenrat hat schon vor Wochen seinen Vermögensverwaltungsstellen Richtlinien gegeben, wonach in all den Fällen, in denen Pächter kircheneigener Grundstücke durch Wirtschaft und andere Ursachen in schwierige wirtschaftliche Verhältnisse gekommen sind, ein Nachsichtsermäßigung zu gewähren ist. Auf diese Weise der Einzelbehandlung der Fälle wäre es möglich gewesen, all den Landwirten, die empfindliche Einbußen erlitten haben, eine fühlbare Hilfe zuteil werden zu lassen, während ein Nachsichtsermäßigung, wo diese Voraussetzungen nicht vorliegen, nicht geboten erschien und auch nicht verlangt wurde. Nachdem zuletzt aber auch das Domänenamt, das bisher anscheinend auch den Standpunkt des Einzelnachlasses für richtig gehalten hat, jetzt einen allgemeinen Zahlungsabrat, ohne Rücksicht auf den Einzelfall, gewährt hat, sieht sich auch die Evang. Kirchliche Vermögensverwaltung veranlaßt, in gleicher Weise zu verfahren. Die Pächter kircheneigener Grundstücke erhalten einen einmaligen Nachsicht von 10 Prozent der Zahlung bis Ende Januar 1932 und von 5 Prozent der Zahlung bis Ende Februar 1932. Ermäßigungen unter Berücksichtigung der besonderen Umstände können jetzt nicht mehr gewährt werden.

Sichmarkierungen

Von Baden und der Schweiz wurden in letzter Zeit im Rhein und Neckar Markierungen von Fischen zur genaueren Feststellung ihrer Wanderungen vorgenommen. Es wurden dabei den markiert ausgefischten Fischen silberne Plättchen oder Gummitüpfel, versehen mit Buchstaben und Zahlen, am Kiemendeckel angebracht. Es ist nun besonders wichtig, daß alle Berufs- und Sportfischer an diesen Gewässern genau darauf achten, ob sie Fische mit diesen Zeichen wieder fangen. Ist dies der Fall, so sind die Markierungszeichen nebst einem kurzen Bericht über Fangstelle, Fischart, genaue Zeit des Fanges, Größe und Gewicht des Fisches an Herrn Regierungsrat Dr. Koch, Karlsruhe, Schloßplatz 19, einzusenden. Für jedes eingehende Zeichen zahlt hierauf der Badische Landesfischereiverein dem Einfischer eine Prämie von 3 RM.

Die Bleag-Bahnen verkauft

Wie wir erfahren, ist der Kaufvertrag zwischen der Deutschen Eisenbahn-Betriebsgesellschaft Berlin und dem Kontrahenten bzw. Gläubiger ausföhrlich wegen Übernahme der Bleagbahnen abgeschlossen worden, nachdem nachmals längere Verhandlungen der beteiligten Faktoren stattgefunden hatten. Die Weiterführung des Betriebes der Bleagbahnen über den 1. Januar 1932 hinaus ist vollkommen gesichert.

Edert geht zu den Kommunisten nach Berlin

Wie die „Kölnische Zeitung“ erfahren haben will, ist Edert von der kommunistischen Parteizentrale als besoldeter Funktionär angestellt worden. Zur Zeit trifft Edert die Vorbereitungen zu seiner Überführung nach Berlin.

Weihnachtsansprache in den katholischen Kirchen

Am Sonntag, den 27. Dezember, wird in den katholischen Kirchen der Erzdiözese Freiburg eine Ansprache des Kapitulars Dr. Selter gelesen, die auf das Hinscheiden des Erzbischofs Carl bezug nimmt und sodann zur Gottesfurcht und zum Frieden mahnt. — Das Erzbischof. Kapitularvikariat hat ferner angeordnet, daß alle Geistlichen am Weihnachtstage eine heilige Messe in der entsprechenden Intention aufopfern mögen, um den besonderen Segen Gottes für alle Bemühungen um den inneren und äußeren Frieden zu erwirken. — Des weiteren wurde bestimmt, daß die (schon veröffentlichte) leibwillige Verfügung des verstorbenen Erzbischofs von den Kanzeln den Gläubigen mit Gebet zur Kenntnis gebracht werde.

Wintersportzüge zum halben Fahrpreis verkehren erstmals

Am 26. und 27. Dezember verkehren jeweils die Wintersportzüge 4000, Mannheim ab 4.30 Uhr, Heidelberg 4.54, Wiesloch 5.09, Bruchsal 5.30, Karlsruhe 6.00, mit Halt in Rastatt, Baden-Baden West, Bühl, Achern, Appenweier, Offenburg an 7.18. In der Gegenrichtung verkehren an beiden Tagen die Sonderzüge 2801, Offenburg ab 18.14, Appenweier 18.27, Achern 18.54, Bühl 19.07, Baden-Baden West 19.22, Rastatt 19.34, Karlsruhe an 19.54 über Schwenningen, Mannheim an 21.12 Uhr. Zu diesen Sonderzügen werden erstmals Rückfahrkarten zum halben normalen Fahrpreis ausgeben, und zwar ab Mannheim, Heidelberg, Wiesloch, Bruchsal, Durlach, Karlsruhe nach den Haltestationen südlich Rastatt bis Offenburg; außerdem Sonderzugs-Rückfahrkarte zum halben Preis nach Freiburg, die ab Offenburg zur Benutzung mit dem anschließenden Personenzug, Offenburg ab 7.24, Freiburg an 9.03, Geltung haben.

Die badische Milchwirtschaft

Auf einer Tagung der Jugendgenossenschaft Donaueschingen-Baar hielt der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, einen Vortrag über die Milchwirtschaft. Er führte dabei u. a. aus, daß er die Gründung der Milchkontrollvereine begrüße. In der ganzen Welt habe man das System der relativen Leistungsprüfung. Es wäre schädlich für die badische Landwirtschaft, wenn sie diese nicht auch aufnehme. In der jetzigen schweren Zeit handle es sich für die badische Landwirtschaft darum, ihre Ställe und ihre Wirtschaft rentabel zu gestalten, und zwar durch Lösung der Rentabilität der einzelnen Kuh in jedem Stall. Die nächste Zeit bringe dem badischen Landwirt keine Steigerung der Milchpreise, weil der Milchpreis in Deutschland von dem Milchpreis in der Welt abhängt. Der Präsident verwies dann auf die außerordentliche Rentabilität der Landwirte in den norddeutschen Ländern und erklärte, daß sich diese Erfolge auch auf dem westlich-besseren Boden Badens erreichen ließen. Er forderte die Landwirte auf, nicht immer alles vom Staat zu verlangen, sondern selber an der Verbesserung der Rentabilität zu arbeiten. In der jetzigen Situation Deutschlands gebe es keinen anderen Weg für den Landwirt. Der Redner schloß mit dem Appell zum Eintritt in die Milchkontrollvereine, damit auch durch Einigkeit Stärke erzielt würde.

Aus der badischen Landwirtschaft

Die Landwirtschaftliche Rastatt hat in diesem Herbst damit begonnen, auch Landmädchen zu unterrichten neben den Schülern. Bestimmend war die Erkenntnis, daß zum Vorkommen im Leben nicht allein die Tüchtigkeit des Mannes, sondern auch die Tüchtigkeit der Frau gehört. Es ist an der Zeit, daß auch unsere künftigen Bauersfrauen eine besondere Fachschule besuchen, die ihnen ein höheres Maß theoretischer und praktischer Kenntnisse vermittelt, denn auch die Anforderungen, die heute an eine Haus- und Bauersfrau gestellt werden, sind größer und schwieriger, als zur Zeit unserer Mütter und Großmütter. Der Unterricht, der am 12. November 1931 begann und Mitte März 1932 schließt, umfaßt alle Gebiete, die in den Aufgabekreis der Haus- und Bauersfrau gehören. Er wird besucht von 64 Mädchen. Die Zahl der Schüler ist ebenso groß. Die Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen der Landwirtschaftlichen Rastatt beträgt demnach 128.

In der 60. Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach zog sich die Not des Handwerks wie ein roter Faden durch die Verhandlungen. Die von der Sparkommission des Landtags vorgeschlagene Aufhebung der Kammer würde mit dem Hinweis auf den Geschäftsumfang als eine Unmöglichkeit bezeichnet.

Gemeinderundschau

Bürgermeister Kies in Eberzheim (bei Rehl), einer der ältesten Bürgermeister des Oberrheins und wohl auch einer der ältesten aktiven badischen Bürgermeister, konnte in beneidenswertem Frische sein 80. Lebensjahr vollenden.

Tariffestung der städtischen Werke Mannheim. Der Stadtrat Mannheim wird sich in seiner nächsten Sitzung am 7. Januar mit den Möglichkeiten einer Tariffestung bei den städtischen Werken und der Straßenbahn beschäftigen. Die Stadtverwaltung wird sich dahin alle Vorarbeiten erledigen, insbesondere auch mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung ins Benehmen treten. Die Festsetzung der Tarife der städtischen Werke soll dann gegebenenfalls rückwirkend ab 1. Januar in Kraft gesetzt werden.

Eine Stadtkasse mit Aktivsaldo. Die Stadtkasse in Bretten schließt nach der Klassenbilanzdarstellung auf 1. Dezember 1931 mit 655 621 RM-Einnahmen und 648 788 RM-Ausgaben ab.

Die Finanznot der Gemeinden. Der Gemeinderat Ottenau (Murgtal) hat beschlossen, bei der Staatsregierung um alsbaldige Staatshilfe zur Durchhaltung der Wohlfahrtsvereinslosen nachzugehen, da die laufenden bestehenden Unterstützungen von der Gemeinde allein nicht mehr aufgebracht werden können. — Die Stelle des Schulrates soll auf Ende des Schuljahres 1931/32 gekündigt werden.

Die Stadt Baden-Baden verliert den Prozeß gegen ihren früheren Intendanten. Das Reichsarbeitsgericht hat am Samstag in der Streitsache des früheren Intendanten der städtischen Schauspiele in Baden-Baden, Grafendorfer, gegen die Stadtgemeinde Baden-Baden die Revision der letzteren zurückgewiesen und damit das Urteil des Landesarbeitsgerichts Karlsruhe bestätigt, wonach die Stadtgemeinde Baden-Baden verpflichtet ist, dem Kläger bis einschließlich 1. Februar 1931 das bisherige Gehalt weiterzuzahlen. — Der Streit ging im wesentlichen darum, ob Grafendorfer, der mit halbjähriger Kündigung angeheuert war, die Ende 1929 mit dem Oberbürgermeister gepflogenen Unterredungen, die darauf hinausliefen, daß aus wirtschaftlichen Gründen mit Ablauf der Spielzeit Ende August 1930 der Fortbetrieb der städtischen Schauspiele eingestellt werden müsse, auch als Kündigung für sich hätte auffassen müssen.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Mosbach. Im Bezirk des Arbeitsamts Mosbach stehen zur Zeit insgesamt 1804 männliche und 192 weibliche Personen in Unterstützung. Auf 1000 Einwohner des Arbeitsamtsbezirks Mosbach entfallen 22,6 Hauptunterstützungsempfänger.

Aus dem Stadtrat Offenburg. Vor einiger Zeit hatte der Stadtrat Offenburg die Auffassung vertreten, daß die hiesige Mädchenrealschule aus Sparungsgründen aufgehoben werden sollte. Die in der letzten Zeit angefertigten Berechnungen haben aber ergeben, daß eine nennenswerte Einsparung durch die Aufhebung nicht erzielt wird. Der Stadtrat hat daher beschlossen, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen. — Auch mit der Frage der vorstädtischen Kleinfriedelungen hat sich der Stadtrat in der letzten Zeit befaßt. Es haben sich 15 Erwerbslose dafür gemeldet, von denen die meisten Bauhandwerker sind. Für eine solche Kleinfriedelung kämen vorläufig 10 Stiebelungshäuser in Betracht. — Ferner hat sich der Stadtrat mit der Verlegung des Offenburger Wochenmarktes beschäftigt. Der Wochenmarkt hemmt den Verkehr, da er sich auch auf die Hauptstraße auswirkt. Er wird jetzt vorläufig auf den Platz an der alten Kirche verlegt.

Aus der Landeshauptstadt

Eine Erklärung der Stadtverwaltung zur Tariffestung

Vom Rathaus wird uns geschrieben: Tariffestung bei den öffentlichen Betrieben der Städte ist ein Wunsch, der mehr denn je in den letzten Monaten und Wochen laut geworden ist. Soweit dieser Wunsch bisher nicht in Erfüllung ging, glaubte man manchmal in der Kritik sogar von mangelndem guten Willen sprechen zu müssen. Wenn es nur daran läge, wäre dem Übel sehr rasch abzuhelfen.

Leider liegen die Dinge nicht so einfach. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung hat in offener und nüchternen Weise zum Ausdruck gebracht, daß man Tariffestungen nicht ohne weiteres vornehmen kann, wenn die in Betracht kommenden öffentlichen Betriebe schon eines Zuschusses bedürfen, der wieder durch Steuern gedeckt werden muß. Dieser Fall trifft unter anderem für die städtische Straßenbahn in Karlsruhe zu. Der durch die Verhältnisse bedingte starke Verkehrsrückgang hat Fehlbeträge zur Folge gehabt, die auch durch schärfste Sparmaßnahmen bei den persönlichen und sachlichen Ausgaben und im Fahrplan nicht ausgeglichen werden konnten. Es sind daher reichlich hohe Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln für die Straßenbahn notwendig.

Trotz alledem denkt man in der Stadtverwaltung daran, mit den Tarifen der Straßenbahn bei der allgemeinen Preisfestsetzung nicht absteits zu stehen, sondern verschiedene Verbilligungen eintreten zu lassen. Man gibt sich dabei auf Grund von ausschlagreicher Erfahrung in anderen Städten und sorgfamer Überlegung allerdings nicht der ebenso stark verbreiteten wie trügerischen Hoffnung hin, daß die Tariffestung in entsprechend gesteigerter Frequenz einen Ausgleich finden wird. Es kann sich daher nur um einen äußersten und gewiß nicht unbedenklichen Versuch handeln.

Über Art und Umfang der geplanten Maßnahmen ist eine endgültige Entscheidung noch nicht möglich. Zunächst muß der Reichskommissar für Preisüberwachung mit der Angelegenheit befaßt werden, da es u. a. gilt, einen endgültigen Verzicht des Reichs auf die seit langem bekämpfte Beförderungsteuer zu erzielen. Dies ist eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen. Die Verhandlungen mit dem Reichskommissar sind eingeleitet und werden mit größter Beschleunigung zum Abschluß gebracht werden.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe

Donnerstag morgen: Die schon gestern früh vom Schwarzwald gemeldete Temperaturumkehr hat sich weiter noch verstärkt. Bei anhaltend wolkenlosem Himmel stieg gestern nachmittag die Temperatur auf dem Feldberggipfel bis zu 7 Grad Wärme, während die tiefen und mittleren Lagen Frost von 2 Grad auch am Tage befielen. Heute früh wurden in der Höhe wiederum 5 Grad Wärme und in der Rheinebene 10 Grad Kälte beobachtet. Von Norden her ist inzwischen auch Bewölkung aufgezogen, die südlichen Landesteile haben noch heiteres Wetter. Das kontinentale Hochdruckgebiet hat sich südwärts verlagert, so daß die atlantischen Zyklogen zunehmend an Einfluß auf unsere Witterung gewinnen werden. Es steht somit der Übergang zu Westwetter bevor, daß sich im Laufe der Feiertage vollziehen wird. Dabei sind voraussichtlich Schneefälle zu erwarten, die besonders in der Höhe ergiebig sein werden. Voraussage: Übergang zu Westwetter, später Schneefälle. In tiefen und mittleren Lagen allmähliche Witterung der Kälte. Auf dem Hochschwarzwald Abkühlung und aufsteigende Westwinde.

Wasserkände: Waldshut 188 und, Basel minus 20 und, Schutterinsel 33 minus 1, Rehl 184 minus 1, Raxau 355 und, Mannheim 212 minus 2, Caub 142 minus 4.

Kurze Nachrichten aus Baden

Offenburg, 22. Dez. Die Allgemeine Ortsrentenkasse ermäßigt ihren Beitragssatz auf 5 Prozent und gewährt die bisherigen freiwilligen Leistungen in vollem Umfang weiter.

Heidelberg, 24. Dez. Der Syndikus der Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach, Dr. Friedrich Schupp, ist nach über 25jähriger Dienstzeit auf eigenen Wunsch mit Ablauf dieses Jahres in den Ruhestand getreten. Die Vollversammlung der Handelskammer bestimmte Dr. Max von der Hall mit Wirkung ab 1. Januar 1932 zum Nachfolger des ausscheidenden Syndikus.

Heidelberg, 23. Dez. Am zweiten Weihnachtstag begehrt der weit über Badens Grenzen hinaus bekannte Arzt, Geh. Rat Prof. Dr. L. Krehl, seinen 70. Geburtstag. Seit 1907 ist er als Leiter der Heidelberger medizinischen Universitätsklinik unserer badischen Heimat eng verbunden. Im Frühjahr d. J. hat er die Leitung der Klinik seinem Schüler Sieber übergeben. Wir wünschen, daß Prof. Krehl seinem neuen Wirkungskreis, dem Heidelberger Forschungsinstitut für innere Medizin, noch lange in Kraft und Frische vorstehen möge.

Kell a. S., 24. Dez. In der nächsten Schwurgerichtssitzung in Offenburg wird die Anklage gegen den Landwirt und Balzarbeiter Bühler wegen Erschießung des Gerichtsvolksherrn über die Einkommensverhältnisse und den Charakter Bühlers, die den Täter und seine Motive doch anders erscheinen lassen, als das mancherorts hingestellt wurde. Bühler hatte außer dem Einkommen aus seiner Landwirtschaft auch noch ein Einkommen als Balzarbeiter. So bezog er im Jahre 1930 als Balzarbeiter etwa 1100 RM, und 1931 bis zum Juni circa 500 RM. Er hätte auch weiter als bis zum Juni gearbeitet, wenn er nicht mit Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse einem vermögenslosen Arbeiter hätte Platz machen müssen.

Id. Rastatt, 23. Dez. Ein Steuerlehrgang für Landwirte wird hier am 4. Januar stattfinden. Der Steuerlehrgang hat den Zweck, die landwirtschaftlichen Ausschüßmitglieder bei den Finanzämtern über den gesamten Fragenkomplex zu informieren, sowie überhaupt auf die Bedeutung und Wichtigkeit ihrer Tätigkeit in den Ausschüssen selbst hinzuweisen. Über 300 Landwirte aus ganz Mittelbaden werden an diesem Tage in Rastatt erscheinen.

Id. Waldshut, 23. Dez. Das Schwurgericht Waldshut verurteilte am Mittwoch den Dienstknecht Friedrich Gysi wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, abzüglich 2 Monaten und 3 Wochen Untersuchungshaft. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren aberkannt. Gysi hatte am 16. September 1931 aus Rache das Strohdach des Wohnhauses seines Arbeitgebers Otto Reichert wegen der nach seiner Ansicht zu Unrecht erfolgten Entlassung angezündet. Nach der Tat wollte Gysi Selbstmord begehen, doch fehlte ihm der Mut dazu. Der entstandene Schaden betrug etwa 29 000 Reichsmark.

Handel und Wirtschaft

Betrieblagerhaus Eppingen. Der Reingewinn von 1871,04 Reichsmark soll zur Verzinsung der Geschäftsanteile mit 8% verwendet werden, der verbleibende Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 1061. Die Geschäftsanteile je Mitglied betragen 50 RM, die Haftsumme 500 RM.

Kehler Hafenverkehr im November. Im Kehler Hafen sind im Monat November 428 Schiffe mit 147 351 Tonnen Ladung eingelaufen, darunter 334 mit 143 348 Tonnen Ladung zu Berg und 94 mit 3503 Tonnen zu Tal. Abgegangen sind in der gleichen Zeit 427 Schiffe mit 29 644 Tonnen Ladung, und zwar 268 zu Berg mit 21 335 Tonnen Ladung und 164 zu Tal mit 8309 Tonnen Ladung. Gesamtumschlag somit 855 Schiffe mit 176 995 Tonnen Ladung.

Staatsanzeiger

Auf Grund des Art. 86 § 1 Abs. 1 Satz 2 der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 (GVB. S. 369) wird das Gemeindegrundbuchamt Durlach auf 1. Januar 1932 auf-

gehoben. An seine Stelle tritt ein staatliches Grundbuchamt im Sinne des § 6 Abs. 1 des Grundbuchausführungsgesetzes. Karlsruhe, den 19. Dezember 1931.

Der Justizminister
Dr. Schmidt

Der Ortslohn (ortsübliches Tagesentgelt gewöhnlicher Tagelöhner) wird gemäß §§ 149/151 RVO. mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an festgesetzt wie folgt:

Für den Bezirk des Versicherungsamts	für männliche Personen				für weibliche Personen			
	über 21	16-21	14-16	unter 14 Jahren	über 21	16-21	14-16	unter 14 Jahren
1. Engen Rehlfeld Pfullendorf Stodach	2,90	2,50	1,40	—,90	2,20	1,90	1,20	—,80
2. Donaueschingen Säckingen Überlingen Waldshut	3,60	3,10	1,80	1,—	2,60	2,20	1,50	—,80
3. Konstanz Bilingen	4,30	3,60	2,60	1,30	3,—	2,50	1,70	1,—

Konstanz, den 21. Dezember 1931.

Bad. Obergerichtsamt:
Reebhein.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:
Oberlandesgerichtsrat Leonhard Winkler zum Landgerichtspräsidenten in Waldshut, Landgerichtsrat Georg Vogel in

Karlsruhe zum Oberlandesgerichtsrat, Landgerichtsrat Sebe-
rin Bühler in Konstanz zum Obergerichtsrat in Karlsruhe, Amts-
gerichtsrat Hellmuth Holland in Karlsruhe zum Landgerichtsrat
dasselbst, Justizrat Richard Eder in Überlingen zum Land-
gerichtsrat in Konstanz, Staatsanwalt Dr. Wilhelm Müller in
Freiburg zum Amtsgerichtsrat in Emmendingen, die Gerichts-
assessoren Dr. Erwin Brunner aus Mannheim zum Staats-
anwalt in Freiburg und Franz Selzmann aus Karlsruhe zum
Justizrat in Göriwilh.

Berufen:
Amtsgerichtsrat Wolfgang Dreßler in Emmendingen nach
Karlsruhe, die Justizräte Fritz Sellmann in Sinsheim nach
Mannheim und Dr. Bruno Affolter in Göriwilh nach Sinsheim.

Zur Ruhe gesetzt auf Antrag:
Obergerichtsvollzieher Karl Wenger beim Amtsgericht Heidel-
berg und Gerichtsvollzieher Konrad Raler beim Amtsgericht
Karlsruhe.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 29. Dezember 1931 bis 3. Januar 1932

Im Landestheater:
Dienstag, 29. Dez. * E 12 Th.-Gem. 1—100 und 301—400.
Der Graue. Schauspiel von Friedrich Forster. 20 bis nach
22.30 (4,20 RM).

Mittwoch, 30. Dez. Nachmittags: Der gestiefelte Kater. 15
bis 17 (2,20 RM).

Abends: * A 14 (Mittwochmiete) Th.-Gem. 201—300. Der
Waldschütz. Komische Oper von Lortzing. 19.30 bis 22.15
(5,70 RM).

Donnerstag, 31. Dez. Außer Miete. Bunte Bühne. 20 bis
22.15 (4,00 RM).

Freitag, 1. Jan. Außer Miete. Im weißen Röhl. Singpiel
von Ralf Benayth. 18.30 bis 21.30 (5,70 RM).

Samstag, 2. Jan. * C 12 Th.-Gem. 1401—1500. Tannhäuser.
Von Wagner. 19 bis 22.45 (6,30 RM).

Sonntag, 3. Jan. Nachmittags: Der gestiefelte Kater. 15 bis
17 (2,20 RM).

Abends: * G 13 Th.-Gem. 1301—1400. Der Rosenkavalier.
Von Richard Strauss. 19 bis gegen 22.50 (6,30 RM).

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 3. Jan. * D 11h-Polly. 19.30 bis nach 22 (2,60 RM).

Auswärtiges Gastspiel:
Dienstag, 29. Dez. In Neustadt: Tiefland.

Märchenspiele für Kinder und Eltern

Bühnenschaus:
1. Der Traum des kleinen Mädchens
2. Lebende Micky-Mäuschen
Außerdem: Der kleine Muck
der schönsten Märchen-Großfilm
GROSSES ORCHESTER!

Preise: —,30, —,50, —,80, 1,— RM. ohne wei-
tere Ermäßigung Kommt frühzeitig!

1. Feiertag
2.30 Uhr: Märchen
4.20 Uhr: Im weißen Röhl

2. Feiertag
2.30 Uhr: Märchen
4.20 Uhr: Im weißen Röhl

Montag, 28. Dezember
2.30 Uhr: Märchen
4.20 Uhr: Märchen
6.30 Uhr: Im weißen Röhl

Weihnachten
in den
Bad. Lichtspielen
Konzerthaus

Kinder, kommt Alle zum Nikolaus und seinen
Vorführungen!

Spielzeiten:
Sonntag, den 27. Dezember 4 Vorführungen
2.30 Uhr: Märchen
4.20 Uhr: Im weißen Röhl
6.20 Uhr: Im weißen Röhl
8.30 Uhr: Im weißen Röhl

Festspiele für Erwachsene und Jugend
Im weißen Röhl

mit Liane Haid Max Hansen
Auf der Bühne: Charakter - Tänze
Tanzschule Cilla Herrmann
GROSSES ORCHESTER

Preise: —,60, —,80, 1,—, 1,40 RM.
Kommt frühzeitig!

Dienstag, 29. Dezember L 645
2.30 Uhr: Märchen
4.20 Uhr: Märchen
6.30 Uhr: Im weißen Röhl

Mittwoch, 30. Dezember
2.30 Uhr: Märchen
4.20 Uhr: Im weißen Röhl
6.30 Uhr: Im weißen Röhl

Donnerstag, 31. Dezember
2.30 Uhr: Märchen
4.20 Uhr: Im weißen Röhl

**Ingenieur-
Schule Weimar**

Flugzeugbau / Flieger-
schule / Papiertechnik
Eigene Lehrwerkstätten

Maschinenbau / Elektro-
technik / Automobilbau

Prospekt anfordern

mann, Bad. Landestheater-
orchester, das Ballett
1. Ouvertüre: „Baldmei-
ster“; 2. Rosen aus dem
Süden, Walzer mit Tanz;
3. Frühlingstimmennagel
mit Gesang; 4. Radechj-Marsch
mit Tanz; 5. Pizzicato-
Polka mit Tanz; 6. An-
sprache: Intendant Dr. Carl
Hagemann; 7. Geschichten
aus dem Wiener Wald,
Walzer; 8. An der schönen
blauen Donau, Walzer mit
Tanz; 9. Ouvertüre: „Die
Flebermaus“

Anfang 11.15 Ende 12.30
Preise 0,40—0,80 RM

Di. 29. 12. Der Graue.
Mi. 30. 12. Nachmittags:
Der gestiefelte Kater.
Abends: Der Waldschütz.
Do. 31. 12. Bunte Bühne.
Fr. 1. 1. Im weißen Röhl.
Sa. 2. 1. Tannhäuser.
So. 3. 1. Nachmittags: Der
gestiefelte Kater. Abends:
Der Rosenkavalier. Im
Konzerthaus: D 11h-Polly.

Gemeinde-Sparkasse Rnielingen
Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	1 217,07	Spareinlagen	652 650,95
Guthaben bei Banken und Postsparkamt	522,64	Giroeinlagen	58 195,47
Wechsel	141 042,77	Kontoforrenteinlagen	922,05
Darlehen auf Hypothek	305 143,32	Guthaben d. Girozentralen	6 203,85
Grundstückkaufgelder	13 089,04	eigener Girozentrale	45 000,—
Darlehen auf Schuldscheine	189 047,15	anderer öffentl. rechtl. Körperschaften	45 000,—
Betriebskapital beim Spar- und Giroverband	13 600,—	Ausgabenrückstände	1 627,60
Kontoforrentdarlehen	154 994,11	Rücklagen	33 261,74
Giro-Sollfalden	19 417,55	Reingewinn 1930	9 102,80
Einnahmerückstände	12 334,61		
Gerätschaften	1 565,20		
	851 973,46		851 973,46

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% = 56 942,20 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres = 42 364,54 RM
Somit weniger = 14 577,66 RM
Rnielingen, den 6. Oktober 1931. R. 764
Der Verwaltungsrat.

Wir vergeben vorbehalt-
lich der Bewilligung der
Mittel laut den bestehenden
Bestimmungen die freie
Lieferung von

Walzschotter- und Grus,
sowie Teergrus aus Hart-
stein auf Landstraßen in
kleineren Losabteilungen.
Lieferfrist: 20. März 1932.
Die Angebotsbroschüre
können ab 29. Dez. 1931
vom Bauamt bezogen wer-
den und müssen bis spätes-
tens 7. Januar 1932, vor-
mittags 10 Uhr, verschlossen
mit der Aufschrift: „Walz-
schotter- und Teergrusliefe-
rung“ versehen, auf un-
serem Büro, Schulberg-
straße Nr. 2 abgegeben sein,
wo selbst auch die Liefe-
rungsbedingungen einge-
sehen werden können.
Zuschlagsfrist: 3 Wochen.
Fritzheim, 21. Dez. 1931.
Bad. Wasser-
und Straßenbauamt.

Sonntag, 26. Dez. 1931
Nachmittags:
Der gestiefelte Kater
Märchenspiel
von Emil Alfred Herrmann
Dirigent: Stern
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Genter, Seiling, Brand,
Ernst, Herz, Höder, Kien-
scher, Kuhne, Luther, Reh-
ner, Prüter, P. Müller,
Schulze, S. Müller, Rin-
demann, Nagel

Anfang 15 Ende 17
Preise: 0,40—2,20 RM

Abends:
Außer Miete:
Der Rosenkavalier
Von Richard Strauss
Dirigent: Strips
Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:
Blant, Franz, Fischbach,
Haberhorn, Seiberlich, Win-
ter, Burt, Hellmuth, Pottsch-
mann, Rinler, Widmann,
Tubach, J. Gröbinger,
Cerner, Schuster, Arras,
Dose, G. Gröbinger, Klein-
bus, Lindemann, Meyer,
Nagel, Blachzinsky, Luger,
Ridinius, Schäfer, Schmitt.

Anf. 19 Ende geg. 22 1/2
Preise E (1—6,30 RM)

Sonntag, den 27. Dez. 1931
Mitwirkende:
Morgenfeier
Johann Strauß
Intendant Dr. C. Hage-
mann, Josef Strips, Lotte
Fischbach, Efride Kubl-

Nachmittags:
Der gestiefelte Kater
Märchenspiel
von Emil Alfred Herrmann
Dirigent: Stern
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Genter, Seiling, Brand,
Ernst, Herz, Höder, Kien-
scher, Kuhne, Luther,
Rehner, P. Müller, Prüter,
Schulze, S. Müller, Rin-
demann, Nagel

Anfang 15 Ende 17
Preise (0,40—2,20 RM)

Abends:
* B 13 Th.-Gem. 1101—1200

Im weißen Röhl
Singpiel v. Ralf Benayth
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Herz

Mitwirkende:
Blant, Genter, Janz, Sei-
berlich, Seiling, Müllich,
Brand, Ernst, Gemmede,
J. Gröbinger, Höder, Ho-
spach, Kainbach, Kloebe,
Luther, Rehner, P. Müller,
Prüter, Sölzer, G. Gröbin-
ger, Jung, Kitan, Klein-
bus, Kubr, Lindemann,
Meyer, S. Müller, Nagel,
Sonntag

Anfang 19 Ende 22 1/2
Preise D (0,90—5,70 RM)

Montag, den 28. Dez. 1931
* C 12 Th.-Gem. III. S.-G.
1. und 2. Hälfte

Hanneles Himmelfahrt
Traumbildung
von Gerhart Hauptmann
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Vertmann, Erdardt, Ermarth,
Ervig, Frauendorfer, Rade-

Walzschotterlieferung.
Das Badische Wasser- und
Straßenbauamt Wodsbach ver-
gibt nach den Vorschriften
der Reichsverordnungsord-
nung die Lieferung von
etwa 1150 cbm Hartgestein-
Walzschotter mit Lieferfrist
bis 31. März 1932.

Angebotsbroschüre mit Be-
dingunge sind, soweit der
Borsal reicht, vom Bauamt
zu beziehen. Die Angebote
sind verschlossen mit der
Aufschrift „Walzschotterliefe-
rung“ bis spätestens Mon-
tag, den 11. Januar 1932, vor-
mittags 11 Uhr beim Bau-
amteinzureichen, zu welchem
Zeitpunkt die Eröffnung

stattfindet. Zuschlagsfrist
3 Wochen. R. 766.

D. 511. Karlsruhe. Über
das Vermögen des Vereins
Genealogiefürsorge (Großher-
zog-Friedrich-Jubiläums-
spende) Sitz Karlsruhe wurde
heute vormittags 9 Uhr Kon-
kurs eröffnet. Konkursver-
walter ist Rechtsanwält
Hans Frönel, Mannheim
U 4.3. Konkursforderungen
sind bis zum 25. Januar
1932 beim Gerichte anzu-
melden. Termin zur Wahl
eines Verwalters, eines
Gläubigerausschusses, zur
Entscheidung über die in
§ 132 der Konkursordnung
bezeichneten Gegenstände ist

am Donnerstag, den 7. Ja-
nuar 1932, vormittags 10 Uhr,
und zur Prüfung der an-
gemeldeten Forderungen am
Donnerstag, d. 11. Febr. 1932,
vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem
Amtsgericht Karlsruhe, Ma-
demiestr. 8, 2. Stod. Zimmer
Nr. 142. Wer Gegenstände
der Konkursmasse besitzt oder
zur Masse etwas schuldet,
darf nichts mehr an den
Gemeinschuldner leisten.
Der Besitz der Sache und
ein Anspruch auf abgefon-
derte Vertriebung daraus
ist dem Konkursverwalter
bis 15. Januar 1932 anzu-
zeigen. Karlsruhe, den 21.
Dezember 1931. Geschäfts-
stelle des Amtsgerichts A 5.

Badisches Landestheater
Freitag, 25. Dezember 1931
Außer Miete
Tannhäuser
Von Wagner
Dirigent: Strips
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Kanz, Fischbach, Winter,
Reich-Dorich, Fröh, Meig-
ner, Hopsach, Kainbach,
Kentwig, Cerner, Schoepf-
in, Schuster, Stad

Anfang 18 Ende 21 1/2
Preise E (1—6,30 RM)

Im Städt. Konzerthaus
Freitag, den 25. Dez. 1931

D 11h-Polly
Operette von Walter Kollo
Dirigent: Stern
Regie: Herz

Mitwirkende:
Janz, Seiling, Blum, Fi-
scher, Hofer, Höder, D.,
Kraher, Meigner, Müllich,
Weber, Brand, Kloebe,
Rehner, P. Müller, Prüter,
S. Müller, J. Sonntag

Anfang 19 1/2 Ende nach 22
I. Parkett 2,60 RM

Sonntag, den 26. Dez. 1931

D 11h-Polly
Operette von Walter Kollo
Dirigent: Stern
Regie: Herz

Mitwirkende:
Janz, Seiling, Blum, Fi-
scher, Hofer, Fröh, Höder, D.,
Kraher, Meigner, Müllich,
Weber, Brand, Kloebe,
Rehner, P. Müller, Prüter,
S. Müller, J. Sonntag

Anfang 19 1/2 Ende nach 22
I. Parkett 2,60 RM

Sonntag, den 27. Dez. 1931
Mitwirkende:
Morgenfeier
Johann Strauß
Intendant Dr. C. Hage-
mann, Josef Strips, Lotte
Fischbach, Efride Kubl-